

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 12

Artikel: Die Gewerkschaften in der Wirtschaft
Autor: Hardmeier, Benno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354481>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Titos Nachfolge

Auch die Frage um die Nachfolge Titos muss, wie mir ein höherer Funktionär der Sozialistischen Liga auseinandersetzte, in diesen Zusammenhang gestellt werden. Die Funktionstüchtigkeit des zu schaffenden Staatspräsidiums hängt allein davon ab, ob zwischen den wirtschaftlich schwachen und starken Landesteilen ein *Modus vivendi* gefunden und die Akkumulation des Kapitals, welches sich mehrheitlich auf die Hauptstadt konzentriert, besser unter Kontrolle gehalten werden kann. Leider könne diese Verantwortung noch nicht ganz auf die Organe der Arbeiter-Selbstverwaltung übertragen werden, weil Jugoslawiens Arbeiterklasse bis heute kein einheitliches Klassenbewusstsein entwickelt habe und sich das politische Engagement des Werktätigen zu oft auf den Einflussbereich des eigenen Betriebes beschränke. Jetzt aber könne gerade die gegen die «Neue Klasse» gerichtete soziale Unzufriedenheit zur Klammer werden, die nationale Gegensätze überspiele.

Das von Regierung und Partei vorgezeigte Stabilisierungsprogramm wird von der Intelligenz abgelehnt. Sie verneint die staatlichen Eingriffe und verlangt mehrheitlich, dass die Rechte und Pflichten der Selbstverwaltungsorgane konsequent und raschestens ausgedehnt werden. Der Mittelweg der Staats- und Parteiführung erscheint ihr zu langsam, welche die politischen und ökonomischen Kontrollfunktionen nur langsam und ohne Friktionen auf die Organe der Unternehmen und auch der Kommunen und Teilrepubliken übertragen will. Die jüngsten Studentenunruhen sind somit das Abbild der politischen Auseinandersetzung. Das Parteiblatt «Borba» warf den Intellektuellen vor, sie wollten den Prozess zum Sozialismus «links überholen», während sich das Politbüro anhören muss, es habe unbegründet den revolutionären Charakter preisgegeben und den kleinbürgerlichen Strömungen Tür und Tor geöffnet.

Bruno Schläppi, Wien

Die Gewerkschaften in der Wirtschaft¹

1. Die *Wirtschaftsverbände* sind aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben unseres Landes nicht mehr wegzudenken. Was zumindest für die grösseren Wirtschaftsverbände ganz allgemein zutrifft, gilt in besonderem Masse für die Gewerkschaften: Sie sind unentbehrlich. Unentbehrlich für die Arbeitnehmer, deren Interessen sie vertreten. Unentbehrlich nicht zuletzt aber auch deshalb, weil sie mit den Arbeitgebern und ihren Organisationen über die

¹ Leicht gekürzte Fassung eines Referates, gehalten am 10. Oktober 1970 anlässlich einer Bildungsveranstaltung des Kaufmännischen Vereins Bern.

Vertragspolitik die autonome Regelung der Arbeitsbedingungen ermöglichen. Gäbe es diese verbandlichen und vertraglichen Regelungen und Absprachen nicht, so wäre es unvermeidlich, dass der Aufgaben- und Einflussbereich des Staates ausgedehnt werden müsste (der Verwaltung, der Gesetzgebung und der Rechtsprechung.)

2. Obwohl es auch heute und in unserem Lande noch immer bornierte Arbeitgeber gibt, die von Gewerkschaften und Gesamtarbeitsverträgen nichts wissen wollen, sind im grossen ganzen die *Gewerkschaften in unserer Wirtschaft und Gesellschaft etabliert und integriert*. Das ist keine Wertung, sondern eine Feststellung. Die Existenz der Gewerkschaften gilt als selbstverständlich. Für die Gewerkschaften selber liegt jedoch vielleicht gerade darin eine gewisse Gefahr. Die Selbstverständlichkeit des Vorhandenseins und Wirkens der Gewerkschaften scheint nicht wenige Arbeitnehmer davon abzuhalten, sich den Gewerkschaften anzuschliessen. Diese Arbeitnehmer sind sicher, dass die Gewerkschaften auch ohne ihr Mittun funktionieren. – Daneben gibt es allerdings Kreise, die die Gewerkschaften in Frage stellen, zum Beispiel weil sie die Gewerkschaften zum «establishment» zählen. Diesen Leuten müssen wir begreiflich machen, was die Gewerkschaften sind. Wir müssen vor allem immer wieder auf die Doppelfunktion der Gewerkschaften hinweisen: Die Gewerkschaften nehmen in der jeweils vorgegebenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation die Interessen der Arbeitnehmer wahr und darüber hinaus erstreben sie einen Neu- und Ausbau der bestehenden Ordnung. Beide Richtungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit sind wichtig. Je nach den Umständen und Verhältnissen ist das gewerkschaftliche Handeln mehr auf die Gegenwart oder mehr auf die Zukunft ausgerichtet. Die Gewerkschaften mögen sich in den fünfziger und sechziger Jahren vorwiegend mit Tages- und Kleinarbeit, mit den jeweils begrenzten aktuellen Problemen befasst haben. Für die siebziger Jahre scheint ein stärkeres Betonen der längerfristigen Aufgaben und Ziele angezeigt. Wir sollten dem gesellschaftsverändernden Wirken der Gewerkschaften mehr Gewicht geben.

3. Wenn wir über die Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschaft nachdenken und diskutieren wollen, ist von den *Zielen der Gewerkschaften* auszugehen. Den Gewerkschaften ging und geht es darum, Lage und Stellung der Arbeitnehmer zu verbessern. Es soll eine humane Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geschaffen werden, wofür folgende Stichworte wegleitend sind: Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit, Solidarität. Die Gewerkschaften als Interessenorganisationen der Arbeitnehmer wollen den Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen vergrössern. Das gewerkschaftliche Wirken beschränkt sich jedoch nicht auf materielle

Forderungen und Ziele. Die Zielsetzung der Gewerkschaften ist umfassender. Es geht den Gewerkschaften um Schutz und Rechte der menschlichen Persönlichkeit, um Menschlichkeit und Menschenwürde. Das gewerkschaftliche Handeln ist auf die Emanzipation und Selbstverwirklichung des Menschen ausgerichtet. Aus diesen Zielen, aus diesem Zielpluralismus ergibt sich, *dass die Gewerkschaften die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Menschen ändern wollen.*

Dabei haben die Gewerkschaften die Erfahrung gemacht, dass man mit vielen kleinen Schritten oft weiterkommt, als mit wenigen grossen Schritten. Es ist aber zuzugeben, dass der Wille zur Aenderung im Laufe der langen und recht erfolgreichen Geschichte der schweizerischen Gewerkschaften leider doch an Dynamik verloren hat. Auch an diesem Punkt muss angesetzt werden, wenn wir wieder attraktivere Gewerkschaften haben wollen.

4. In bezug auf die *Stellung der Gewerkschaften zur heutigen schweizerischen Wirtschaftsordnung* lässt sich folgendes sagen: Diese Wirtschaftsordnung ist im wesentlichen liberal und marktwirtschaftlich. Es ist aber kein rein marktwirtschaftliches System. Der Staat interveniert in sehr vielen Bereichen. Als extremes Beispiel sei die Landwirtschaft erwähnt. Neben dem privaten Sektor der Wirtschaft gibt es einen öffentlichen und einen genossenschaftlichen. Aber trotzdem: Es ist die schweizerische Wirtschaftsordnung eine vorwiegend marktwirtschaftliche. Und diese Wirtschaftsordnung ist für die Gewerkschaften zwar nicht so schlecht, wie manche es wahrhaben wollen, aber sie ist für uns keineswegs sakrosankt. Wir wollen diese Wirtschaftsordnung ändern, korrigieren, verbessern. Eine grössere Aktivität des Staates ist notwendig. Denken wir z. B. an den Schutz unserer Umwelt, an die Raumplanung, die Siedlungs- und Wohnungspolitik, an die Forschung, an die Schul- und Bildungspolitik, an die Konjunkturpolitik. Auch in bezug auf die soziale Sicherheit muss noch vieles getan werden. Die Marktwirtschaft bedarf im Interesse der arbeitenden Menschen der Ergänzung durch vorausschauende Planung. Generelle indirekte Planung – also grundsätzlich ohne direkte Eingriffe wie etwa Produktionsvorschriften –, eine solche globale Planung widerspricht nicht dem Marktmechanismus. Beides ist notwendig, je nach den Gegebenheiten in verschiedener Dosierung. – Die Gewerkschaften sind nicht dogmatisch, sondern pragmatisch. Es geht ihnen nicht um abstrakte Ordnungen, sondern um die Zweckmässigkeit und Notwendigkeit bestimmter Massnahmen, die auf das menschliche Wohlergehen ausgerichtet sein müssen.

5. Auf die Frage nach der *Bedeutung der Gewerkschaften in und für die Wirtschaft* sind drei Antworten zu geben. Erstens: Es ver-

steht sich von selbst, dass für die Gewerkschaften das Materielle und damit die Wirtschaft wichtig ist. Es gibt noch allzu viele materielle Not und Bedrängnis in unserem Land. Es gibt benachteiligte Gruppen, Regionen, Wirtschaftszweige. *Die Gewerkschaften können die gegenwärtige Verteilung der Einkommen und Vermögen sowie die ungleichen Bildungschancen niemals akzeptieren.* Die Gewerkschaften kämpfen für einen gerechteren, einen grösseren Anteil der Arbeitnehmer am Wirtschaftsertrag. Hauptsächliche Ansatzpunkte hierfür sind die Lohnpolitik und die Steuerpolitik. Die Reallöhne müssen noch stärker steigen, das unsoziale Steuersystem muss geändert werden. Es ist nicht einzusehen, weshalb die hohen Einkommen und Vermögen und die zum Teil enormen Unternehmungsgewinne in einem Masse geschont werden, wie das in der Schweiz der Fall ist. Die Gewerkschaften wollen in der Wirtschaft den Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit durchsetzen. Aber damit ist die Bedeutung der Gewerkschaften für die Wirtschaft nicht erschöpft. Zweitens: Die Gewerkschaften sind *Promotoren des wirtschaftlichen Fortschritts.* Zwar waren sie in der Vergangenheit gelegentlich auch Maschinenstürmer. Aber es lässt sich nicht übersehen, dass die Gewerkschaften dadurch, dass sie höhere Löhne, besseren Arbeitsschutz, mehr Sozialleistungen und mehr Freizeit verlangen, den technologischen und wirtschaftlichen Fortschritt vorantreiben. Oft lösen Lohnforderungen Rationalisierungen aus. Höhere Löhne bedeuten vorerst für die Unternehmer höhere Kosten. Dem wird mit Rationalisierungen und Neuerungen begegnet. Die Gewerkschaften bejahen und begrüßen diesen Fortschritt – sie können gar nicht anders, weil sie ihn zum Teil erzwungen haben. Daneben aber verlangen sie Sicherheiten gegenüber möglichen negativen Auswirkungen des technologischen Fortschritts. Es seien beispielsweise Verdienstgarantien und Umschulungen erwähnt. Für die Kosten der Umschulung müssen die Arbeitgeber oder der Staat aufkommen. Drittens: Die Gewerkschaften treiben den wirtschaftlichen Fortschritt voran und verlangen einen grösseren Anteil der Arbeitnehmer an den Früchten dieses Fortschritts; aber sie müssen oft genug auch vor einem Ueberborden des rein wirtschaftlichen Denkens und Handelns warnen. Heute nicht weniger als in der Vergangenheit ist es wichtig, *dass sich die Gewerkschaften ihrer Bedeutung als Warner und Wächter, ja als Gewissen gegenüber einem drohenden Uebergewicht der Wirtschaft bewusst sind.* Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit sind nicht alles. Das Wirtschaften ist Mittel zum Zweck, darf niemals Selbstzweck sein. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, dafür zu sorgen, dass der Mensch nicht zum Opfer der Wirtschaft wird. Gegenüber der Unmässigkeit der Wirtschaft müssen die Gewerkschaften das menschliche Mass in die Waagschale werfen.

6. Von der Wirtschaft zur *Wirtschaftspolitik*. Dass sich die Gewerkschaften mit der Wirtschaftspolitik befassen müssen, liegt auf der Hand. Kompass für die gewerkschaftliche Wirtschaftspolitik sind die beiden Ziele: kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum und gerechtere Verteilung. Programmatisch hat dies der Schweizerische Gewerkschaftsbund in seinem Arbeitsprogramm mit folgenden Worten umschrieben: «Der Gewerkschaftsbund betrachtet es als Hauptaufgabe der wirtschaftlichen Tätigkeit und der Wirtschaftspolitik, im Rahmen einer auf wirtschaftliches Wachstum ausgerichteten Politik eine produktive Vollbeschäftigung zu gewährleisten und einen höheren Lebensstandard zu verwirklichen.» Was uns hier vor allem interessiert, ist die *Frage nach dem gewerkschaftlichen Einfluss in der schweizerischen Wirtschaftspolitik*. Zahlenmässig lässt sich das Gewicht der Gewerkschaften nicht messen. Beschränken wir uns deshalb darauf zu sagen, dass die Gewerkschaften manches durchsetzen und vieles verhindern können. Extreme wirtschaftliche Forderungen vermögen die Gewerkschaften nicht zu verwirklichen. Das haben die Erfahrungen zur Genüge gezeigt. Dies gilt jedoch nicht nur für die Gewerkschaften, sondern mehr oder weniger auch für die andern grossen Wirtschaftsgruppen. In der Schweiz ist keine Wirtschafts- und Interessengruppe allein stark genug, um einseitige Interessen durchzusetzen. Die Gewerkschaften können die Wirtschaftspolitik beeinflussen, aber nicht allein bestimmen. – Wie die andern grossen Spitzenverbände – Bauernverband, Gewerbeverband, Handels- und Industrieverein – ist der Gewerkschaftsbund praktisch überall dabei und beteiligt: über das Vernehmlassungsverfahren und durch die Mitwirkung in unzähligen Kommissionen.

7. Es ist in diesem Zusammenhang auf eine Entwicklung hinzuweisen, die den Gewerkschaften und den Angestelltenorganisationen heute und in Zukunft einiges Kopfzerbrechen bereiten dürfte: Jene offenkundige Erscheinung, *dass in den verschiedensten Sachfragen Initiativen immer häufiger nicht von den grossen historischen Verbänden und Parteien ergriffen werden, sondern von bisher kaum beachteten oder wenig aktiven Gruppen und Organisationen*. Dies gilt für die Wirtschafts- wie für die Sozialpolitik und nicht minder für andere Sachgebiete. Es liessen sich zahlreiche Beispiele anführen, von der Schulkoordinations-Initiative der Jung-BGB bis zur Zivildienst-Initiative einiger Lehrer und zum neuesten Wohnbauförderungs-Vorstoss der Firma Denner. Diese Entwicklung dürfte noch weitergehen. Für die Gewerkschaften ist dies nicht immer angenehm. Aber sie müssen sich damit abfinden, müssen sich darauf einstellen und neue Strategien auf solche Herausforderungen ausarbeiten. Möglicherweise wird eine der Folgen darin bestehen, dass sich die Gewerkschaften nicht mehr so ausgeprägt wie bisher auf eine rein sachbezogene Tätigkeit konzentrieren können, dass sie ihre

weiterreichenden Ziele stärker betonen und auf das Verbale, Programmatische und Deklamatorische vermehrt zurückgreifen müssen. Wenn daraus eine profiliertere Frontstellung der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern und anderen Wirtschaftsgruppen, aber auch gegenüber den Behörden resultieren würde, so wäre dies alles andere als ein Unglück. Man kann sehr wohl die Meinung vertreten, dass eine akzentuiertere Politik den Gewerkschaften helfen würde, aus dem Wellental herauszukommen, in dem sie sich gegenwärtig leider befinden. Dass die Gewerkschaften heute von rechts und links, von vorn und hinten bedrängt werden, sollte Anlass sein, die gewerkschaftlichen Positionen und Funktionen zu überdenken. Gewerkschaftliche Selbstbesinnung tut not!

8. Noch einige Bemerkungen zur *Stellung der Gewerkschaften im Betrieb*. Es gilt die Tatsache festzuhalten, dass die gewerkschaftliche Präsenz in den Betrieben in allzu vielen Fällen nicht zu befriedigen vermag, zum Teil ausgesprochen schlecht ist. Darüber kann man nicht einfach mit einem Achselzucken hinweggehen. Denn der wichtigste Ansatzpunkt für die gewerkschaftliche Tätigkeit ist und bleibt der Betrieb. Es ist entscheidend, dass die Gewerkschaften in den Werkstätten und in den Büros, überall dort, wo Arbeitnehmer beschäftigt sind, in Erscheinung treten, durch schriftliche und mündliche Mitteilungen, durch Anschläge am «schwarzen Brett», durch die gelegentliche Anwesenheit des Gewerkschaftssekretärs, durch die Aktivität der Vertrauensleute. Auf diese Weise wird die gewerkschaftliche Interessenvertretung und Schutzfunktion dokumentiert. Leider wird die gewerkschaftliche Aktivität gerade in dieser Beziehung von manchen Arbeitgebern gebremst oder gar verhindert. Verträge sind gut und recht und notwendig. Aber sie können die gewerkschaftliche Präsenz an den Arbeitsplätzen und die persönlichen Kontakte zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Mitgliedern (sowie potentiellen Mitgliedern) im Betrieb nicht ersetzen. Denn eines ist gewiss, die Zahl der grösseren und kleineren Konflikte am Arbeitsplatz hat nicht abgenommen. Und nicht zuletzt wegen dieser Konflikte brauchen wir die Gewerkschaften.

9. Abschliessend ein Blick auf das Problem der *Mitbestimmung der Arbeitnehmer* in Betrieb und Unternehmung. Es ist anzunehmen, dass in der Schweiz mehr Mitbestimmung praktiziert wird, als manche weltfremden Theoretiker annehmen. Aber im grossen und ganzen sind unsere Betriebe und Unternehmungen trotz «human relations» und Arbeitskräftemangel doch ausgesprochen hierarchisch aufgebaut und autoritär geführt. Ausgehend von der Idee der integralen, unteilbaren Demokratie und der Menschwerdung des Arbeiters müssen die Gewerkschaften das Ziel der umfassenden betrieblichen Mitbestimmung anvisieren. Stellung und Rechte der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz können und sollen geändert, verbes-

sert werden. Dass Mitbestimmung nicht Arbeiterselbstverwaltung bedeutet, liegt ebenso auf der Hand wie die Tatsache, dass Mitbestimmung kein Allheilmittel ist, paritätische Mitbestimmung keine Zauberformel. Zudem tun die Gewerkschaften gut daran zu betonen, dass ihre Mitbestimmungsvorstellung mit der Betriebsgemeinschaftsideologie nichts gemein hat und den Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht beseitigt. Wie immer die konkreten Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften aussehen mögen, so sind vor allem drei Dinge wichtig: Erstens setzt Mitbestimmung umfassende und rechtzeitige Information voraus. (Diesbezüglich liegt bei unseren Unternehmungen noch sehr vieles im argen.) Zweitens soll die Belegschaft grundsätzlich auf allen Ebenen mitbestimmen können, wobei die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und die Mitbestimmung über die Betriebskommission besonders wichtig scheint. Mitbestimmung soll sich auch auf die Verwaltungsräte der Aktiengesellschaften erstrecken. Und drittens sollte in der Schweiz mit ihrer direkten politischen Demokratie auf direkte betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer besonderen Wert gelegt werden. Mitbestimmung darf nicht nur zur repräsentativen Mitbestimmung einiger weniger Auserwählter werden. Was die Realisierung der Mitbestimmung betrifft, so wird sich wohl ein schrittweises Vorgehen empfehlen. Ein starres Mitbestimmungsschema dürfte für unser Land und unsere Gewerkschaften nicht zweckmässig sein.

10. Es kann nicht bestritten werden, dass in früheren Zeiten das *Ideologische* bei den Gewerkschaften eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Das Erbe daraus ist die Spaltung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Unter Ideologie ist dabei zu verstehen: ein mehr oder weniger geschlossenes System von Aussagen und Wertungen mit dem Anspruch auf uninteressiert-objektive Geltung und rein theoretische Begründung, wobei es sich aber um Funktion und geistigen Ausdruck einer Standortsbezogenheit oder Interessenlage handelt. – Das Stadium des ideologischen gewerkschaftlichen Kampfes ist weitgehend überwunden. In der Praxis sind denn auch die Unterschiede in der Gewerkschaftspolitik der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen nicht mehr gross. Es fällt schwer, heute noch sachliche Gründe für die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung zu finden. Doch davon sei hier nicht die Rede. Wichtiger ist für unser Thema die Frage, ob mit dem Verzicht auf Ideologie nicht auch das Ideelle verlorengegangen ist. Die Gewerkschaften brauchen keine neuen und keine aufgewärmten Ideologien. Aber sie brauchen *Ideen und Phantasie und viel Sachwissen*. Nur dann können sie gültige und attraktive Wege zur Lösung der kleinen und grossen Probleme der Gegenwart und der Zukunft finden.

Benno Hardmeier